



Breit gestreutes Podium aus Experten (v. li.): Caroline Egger-Battliner, Dr. Ernst Albrich, Dr. Karoline Schmidt, DI Mag. Johannes Wohlmacher, DI Josef Fuchs, Josef Essl, DI Horst Leitner, Dr. Peter Haimayer, Dr. Ewald Galle und Dr. Georg Rauer.

©Matzer (3)

Alpenkonvention und Wildökologie

Eine Zwischenbilanz der wildökologischen Relevanz, der seit 1995 gültigen Alpenkonvention, wurde anlässlich der Tagung des Wildökologischen Forums in Salzburg aus verschiedensten Blickwinkeln beleuchtet. In den Gesprächen konnten neue Erkenntnisse für die zukünftige Umsetzung gewonnen werden.

Zu einer Tagung des Wildökologischen Forums luden der Österreichische Forstverein und die Landwirtschaftskammer Salzburg am 23. Mai nach Salzburg ein. Unter Moderation von Dr. Nikolaus Lienbacher, Landwirtschaftskammer Salzburg, DI Franz Grill und Prof. Friedrich Reimoser, Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien, kamen zahlreiche Experten zu Wort.

Die Alpenkonvention ist ein internationales Abkommen, das die Alpenstaaten (Deutschland, Frankreich, Italien, Liechtenstein, Monaco, Österreich, Schweiz und Slowenien) sowie die Europäische Union verbindet. Sie zielt auf die nachhaltige Entwicklung des Alpenraums und den Schutz der Interessen der ansässigen Bevölkerung ab und schließt die ökologische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Dimension ein.



Dr. Nikolaus Lienbacher

Vorsitzender des Wildökologischen Forums Alpenraum, vermisste jedoch die wildökologische Relevanz in der bereits 1995 in Kraft getretenen Alpenkonvention und deren Protokollen. Er forderte eine kritische Prüfung der Themen Wildökologie und im Hinblick auf die Ausbreitung von verschiedenen Arten durch den Klimawandel (z. B. Schwarzwild).

Dr. Ewald Galle, Ministerium für ein lebenswertes Österreich (BMLUFW), erklärte, dass die Alpenkonvention ein integrativer Ansatz sei, 95.000 km² und 15 Mio. Menschen sind daran beteiligt. Protokolle – unter anderem das Bergwald- und Naturschutzprotokoll – dienen demnach zur Ausgestaltung der Ziele der Alpenkonvention mit einer gesetzlichen Pflicht zur nationalen Umsetzung. Auch die Mariazeller Erklärung verweist auf den Artikel 2b des Bergwaldprotokolls, wonach „Schalenwildbestände auf ein Maß begrenzt werden, dass eine natürliche Verjüngung standortgerechter Bergmischwälder ohne besondere Schutzmaßnahmen ermöglicht wird“. Galle betonte weiters, dass flächige Schutzgebiete ebenso wenig Ziel der Alpenkonvention seien wie ein „Einheitswald“.

Besucherlenkung, „Schwarz-Wild“

Landesforstdirektor DI Josef Fuchs schilderte den Tiroler Ansatz: Man setzt auf positive Besucherlenkung mit Angeboten statt Verboten, da der Tourismus im Land eine herausragende Bedeutung hat. Durch die Konzentrierung der Besucher auf vorgegebenen Routen werde das

Wild nicht flächig beunruhigt und die Entstehung von Waldschäden verringert. Drei Viertel des Tiroler Waldes seien demnach Schutzwald. Die Umsetzung des Bergwaldprotokolls wird vom Waldentwicklungsplan und der Tiroler Waldtypisierung mit GIS unterstützt. Qualifiziertes Fachpersonal spielt dabei eine zentrale Rolle, in Tirol gibt es deshalb in jeder Gemeinde einen Waldaufseher. Tendenziell seien die Verbissschäden auch in Tirol steigend. Scherzhaft schilderte Fuchs, dass es viel „Schwarz-Wild“, aber wenig Sauen gäbe und kritisierte, dass sich die Abschussplanung zu wenig am Waldzustand orientiere. Eine Einbindung aller Anspruchsgruppen sei wichtig, der Grundbesitzer habe auch die Schutz- und Erholungsfunktion sicherzustellen. Die einseitige Berichterstattung einiger Medien habe zudem positive Beispiele von Wildruhezonen in ein falsches Licht gerückt.

Für natürliche Wiederansiedlung

Großraubtierexperte Dr. Georg Rauer, Veterinärmedizinische Universität Wien, schilderte, dass die Wiedereinbürgerung von Bär, Wolf und Luchs vorrangig natürlich erfolgen soll. WISO (wildlife and society) ist eine Plattform für große Beutegreifer, wildlebende Huftiere und die Gesellschaft. Der Auslöser zur Gründung dieser Plattform war der medienbekannte „Problembär JJI“. Neben der Habitatfrage werden dabei auch sozioökonomische Fragen einbezogen und Managementkonzepte erarbeitet.

Seilbahnen und Massentourismus

Dr. Peter Haimayer, Projektbegleiter im Tourismusbereich, nahm zur Nutzungsintensivierung des Freizeitraumes Stellung. Die Verbreitung von Information und Werbung über Online-Medien lockt immer mehr Leute in die Natur. Als zusätzlicher „Push-Faktor“ fungieren die Sportartikelindustrie, örtliche Fachgeschäfte und Konzerne, die Extremsportarten fördern. Als Beispiel nannte er die Innsbrucker Nordkette, die ganzjährig touristisch intensiv genutzt werde. Impulsgeber für die Intensivierung seien meist Seilbahnen. Lenkungsmöglichkeiten sieht er vorrangig mithilfe von Wegweisern, Themen- und Erlebniswegen.

Wildkorridore und Ruhezone

Die wildökologischen Anforderungen an die Alpenkonvention aus der Sicht von CIPRA Österreich schilderte Josef Essl. Er sprach sich auch für positive Besucherlenkung und Ruhezone für Wildtiere nach ökologischen Gesichtspunkten aus. Mit der Besucherlenkung könnten demnach mehrere Ziele gleichzeitig erreicht werden, die meisten Touristen halten sich an Beschilderungen, Probleme gebe es häufiger mit Ortskundigen. Unter dem Titel ECONNECT laufen Aktivitäten zum grenzübergreifenden ökologischen Verbund im Alpenraum, zum Beispiel in Form von Wildkorridoren.

Wildökologe DI Horst Leitner zeigte auf, dass der Lebensraum der Wildtiere zunehmend unter Druck gerät und durch Infrastruktureinrichtungen zerschnitten wird: „Pro Tag fallen in Österreich 100 Rehe dem Straßenverkehr zum Opfer.“ Ein Projekt beim Auerwild der Salzburger Jägerschaft sieht eine Vernetzung der zu erhaltenden Kernlebensräume mit „Trittsteinen“, also fragmentierten Lebensräumen, vor. Im Pinzgau wurde ein Projekt zur Lebensraumvernetzung mit Korridoren durch das Tal durchgeführt, nicht zur Freude aller anwesenden Besucher. Vor allem Grundbesitzer und deren Vertreter fühlten sich durch diese „Potenzialanalyse“ übergangen. Sie wurden nicht informiert. Leitner versuchte zu erklären, dass man zunächst die möglichen Korridore aufzufindig machen muss, erst dann macht es Sinn, mit den Grundbesitzern in Verhandlung zu treten. Problematisch sieht er immer länger werdende Jagdzeiten. Das Wild weicht immer mehr in den Wald aus und sorgt dort für Schäden. Beim



Das interessierte Publikum lieferte mit Fragen und Anmerkungen reichlich Diskussionsstoff.

Rotwild fordert er eine großräumige Planung (20.000 bis 30.000 ha) und eine kleinräumige Umsetzung. Zudem seien Ruhegebiete für das Wild wichtig. Seilbahnen würden große Menschenmassen in entlegene Gebiete transportieren und dort „füllhornartig“ verteilen.

Knackpunkt Grundeigentum

Caroline Egger-Battliner, Alpenverein Liechtenstein und Jägerin, schilderte die Lage im Fürstentum. Die Jagd ist nicht an das Grundeigentum gebunden, dennoch seien die Wildstände zu hoch. Eine konzentrierte Winterfütterung ist untersagt. Diskrepanzen zwischen Jagd und Alpenverein gäbe es an der übermäßig großen Ausweisung von Schongebieten, die die Wegefreiheit einschränken.

Dr. Ernst Albrich, Landesjägermeister von Vorarlberg, hält nichts von Einschränkungen für den Grundbesitzer, die „von oben drübergestülpt“ werden. Vielmehr solle die Umsetzung auf unterster Ebene erfolgen, positive Maßnahmen für Wildtiere und deren Lebensräume gingen meist von Jägern aus. „Wenn andere Anspruchsgruppen mitentscheiden wollen, müssen sie auch Verantwortung übernehmen.“ Franz Mayr-Melnhof, Forstbetrieb Franz Mayr-Melnhof-Saurau, stellte klar, dass in Österreich, mit überwiegender Familienforstwirtschaft, sehrwohl auch die Grundbesitzer Positives für das Wild beitragen.

Dr. Karoline Schmidt, Wildbiologin, forderte ein Mitspracherecht für Anspruchsgruppen und gab zu bedenken, dass die Jagd ein Aneignungsrecht sei, ohne Besitzanspruch auf lebende Wildtiere.

„Arbeiten, nicht Qualität sichern“

Der Vorstand des Österreichischen Forstvereins, DI Mag. Johannes Wohlmacher,

Dr. Peter Haimayer, sprach von großen Herausforderungen im Hinblick auf den grenznahen Nationalpark Šumava.

Das Kostenverhältnis von bewirtschaftetem Schutzwald zu Sanierung und harter Verbauung des Schutzwaldes bezifferte er mit 1:10:100. Im Hinblick auf die Mariazeller Erklärung gab er zu bedenken, dass die Verantwortung betreffend Wildschäden auch beim Grundbesitzer liege. Er betonte aber, dass auch Wild zum Ökosystem Wald gehört. Eine standortgemäße Naturverjüngung sollte jedoch ermöglicht werden, Schutzmaßnahmen müssten die Ausnahme sein. Oberstes Gebot sei die Regulierung der Schalenwildbestände, frei nach dem Motto: „Ich qualitätssichere nicht, ich arbeite.“

Mehrere kritische Meldungen aus dem Publikum kamen immer wieder bezüglich Einschränkungen des Grundeigentums. Vielfach werde einfach „drübergefahren“, die Grundbesitzer würden nicht informiert oder gefragt. Bei teuer verpachteten Jagden sehen die Grundbesitzer häufig bei den Wildschäden weg, merkte KR Josef Eder, Landesjägermeister von Salzburg, an.

Zusammenfassend bemerkte Prof. Reimoser, dass die Lebensräume nur beschränkt belastbar sind. Man müsse dabei Prioritäten setzen. Bei der Raumplanung ist ein integrales Denken gefragt. Es sollten verstärkt positive Beispiele der Umsetzung der Alpenkonvention gezeigt werden. Kommunikation im Vorfeld und die Einbindung aller Anspruchsgruppen inklusive Mitverantwortung werden in Zukunft wichtiger denn je sein, um Konflikte zu vermeiden. „Die Alpenkonvention ist die Bühne, auf der die Zukunft gestaltet werden kann.“

DI Mario Matzer, Redaktion, m.matzer@timber-online.net